



## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll**

### **167. Ratssitzung vom 27. Oktober 2021**

4520. 2020/363

**Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 26.08.2020:**

**Sistierung der Städtepartnerschaft mit Kunming bis zur demokratischen Wahl einer Regierung in China**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2816/2020): Mir ist es schleierhaft wie ein solches Postulat, das sich einem totalitären Regime entgegensetzt, abgelehnt werden kann. Es wurde in Basel schon einmal ein solcher Vorstoss in Form einer Motion eingereicht, die eine Zusammenarbeit komplett abschaffen wollte. Dies ist abgelehnt worden. Unseren Vorstoss haben wir davor eingereicht und unser Postulat bewusst nicht so scharf und nicht als Motion formuliert, denn wir wollen keine kreditschaffende Wirkung und Verpflichtung, sondern wichtige Zeichen setzen. Wir haben auch nicht Richtung Aufhebung tendiert, es geht rein um eine Sistierung bis zur Wahl eines demokratischen Regimes in Peking. Unser Vorstoss richtet sich nicht gegen die chinesische Kultur, nicht gegen das chinesische Volk, sondern bloss gegen ein totalitäres Regime in Peking. Man sagt häufig, es sei die falsche Ebene, auf Gemeindeebene könne man sowieso nichts tun. Wer so argumentiert, den frage ich, wie kommt man dazu, bei Klimaaktivitäten irgendwelche Vorschriften zu erlassen, die in ihrer Wirkung im Gesamtvergleich zur Welt minimal bis gleich null sind? Warum wollen Sie die Klimaaktivitäten durchsetzen? Eine solche Argumentation ist völlig widersprüchlich. Man kann auch sagen, es ginge keine Wirkung davon aus. Es geht aber nicht darum, dass man eine Wirkung direkt am Ort erzielen möchte, sondern es geht darum, dass man ein Zeichen setzen will. Ein Zeichen, dass nicht ins Fahrwasser gerät, dass eine Staatspropaganda in Peking die Partnerschaft zwischen Zürich und Kunming zur Propaganda missbraucht und dann sagt, seht ihr nur, die haben eine Städtepartnerschaft, es ist gut, was wir in Peking tun. Genau dieser Missbrauch droht, wenn man so etwas nicht sistiert. Das ist der entscheidende Punkt. Deswegen hat ein Zeichen dieser Art eine grosse Wirkung. Gerade auch auf dieser Ebene und wer das nicht will, wird zum Handlanger des Totalitären. Eine solche Instrumentalisierung wäre angesichts des Totalitarismus, den wir dort erleben, fatal. Es ist ein technologischer Imperialismus. Es ist wirtschaftlich: Athen musste aufgrund der Eurokrise bereits den Hafen von Piräus billig an Peking verschern. Es ist finanziell: Es werden grosszügig Kredite an Entwicklungsländer in Afrika gewährt, aber die kommen aus den Schulden nicht mehr raus und befinden sich in einer hoffnungslosen Abhängigkeit. Das ist moderne Sklavenwirtschaft. Politisch versucht China immer mehr Einfluss in der UNO zu gewinnen, indem sie Gremien besetzt. Es heisst, sie wollen auch Einfluss auf die WHO gewinnen. Es ist auch militärisch: Wir*



*müssen uns bewusst sein, dass es zu Aufschüttungen künstlicher Inseln kommt, auf denen Militärflugplätze gebaut werden. Dann wird behauptet, das sei territoriales Gebiet und alles dahinter gehöre auch dazu. Das ist Imperialismus auf der Landkarte und brandgefährlich. Dann rüstet China nicht nur die Marine, die Landstiftkräfte und die Luftwaffe auf, auch für ballistische Raketen werden neue Abschussrampen gebaut. Davon könnten auch wir betroffen sein. Dies ist eine ungeheuerliche Aggression. Jetzt ist Taiwan bedroht. In Hong Kong hat man gesehen, was passiert: Es wurden internationale Verträge gebrochen und man hat die Hong Konger unter die Knute genommen. Die Uiguren sind ein anderes Beispiel. Chinas Expansion ist unheimlich. Wenn man dann gegen die Inselketten, die aufgebaut werden, protestiert, setzt sich China darüber hinweg. Wenn man dies kritisiert, heisst es, das sei eine Einmischung in innere Angelegenheiten. Wie war es, als die Tibeter protestierten als der chinesische Präsident zu Besuch kam? Der hat vor Wut fast getobt. Er hat der Schweiz Sanktionen angedroht: Wenn das keine Einmischung in innere Angelegenheiten ist, wundere ich mich sehr. Europa ist einst von einem totalitären Regime bedroht worden. Heute müssen wir uns fragen, ob die Welt von so einem bedroht wird. Die Pandemie ist ein anderes Exempel. Wo liegt die Verantwortlichkeit dafür? Westliche Staaten waren zum Teil naiv. Allem voran ging der Urknall in China. Es gibt Geheimdienstberichte, die untersucht haben, was dahinter ist. Man hatte WHO-Delegationen, die das untersuchen sollen. Das ist aber nicht gefördert, sondern von Peking eher behindert worden. Dort ist die Labortheorie in den Hintergrund gestellt worden. Es hätte Absicht gewesen sein können mit dem Virus. Man muss sich nicht in Verschwörungstheorien begeben, aber rein die Tatsache, dass Peking zu Beginn versucht hat, die dramatische Situation unter den Teppich zu kehren, weil das ihre eigene Machtposition gefährdet hat, ist ungeheuerlich. Man muss sich fragen, ob nicht eine kleine politische Clique um ihrer eigenen Macht willen die ganze Welt in eine Krise gestürzt hat. Der Stadtrat möchte, dass man einen solchen Vorstoss zurückzieht, weil Chinesen empfindlich darauf reagieren könnten. Ich weiss schon, dass Chinesen sehr empfindlich sind und einen Gesichtsverlust nicht ertragen, aber das ist der Effekt eines Zeichens, das man setzen muss. Man muss zeigen, wie es nicht mehr geht.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Auch wir verfolgen die innen- und aussenpolitischen Entwicklungen in China intensiv und immer wieder sehr besorgt. Umso mehr begrüssen wir den Menschenrechtsdialog, der gemäss der China-Strategie des Bundes auf nationaler Ebene zwischen der Schweiz und China geführt wird. Dort ist er am richtigen Ort, auf der höchsten Ebene, wo die Ausrichtung der chinesischen Politik entschieden wird. Wir bedauern, dass der Menschenrechtsdialog in letzter Zeit ins Stocken geraten ist. Wir sprechen aber über Beziehungen auf lokaler Ebene, konkret zwischen den beiden Städten Zürich und Kunming. Diese Beziehungen stehen für uns nicht im Widerspruch zu einer besorgten und kritischen Haltung gegenüber dem Wirken auf der nationalen chinesischen Ebene. Die Städtepartnerschaft mit Kunming besteht seit vierzig Jahren. In dieser aussergewöhnlich langen Städtepartnerschaft zwischen zwei lokalen Körperschaften ist es gelungen, gute, persönliche und vertrauensvolle Beziehungen zu unseren Partnerinnen und Partnern in der Stadt Kunming herzustellen und eine offene Dialogkultur zu führen, wie sie vor allem für die chinesischen Verhältnisse aussergewöhnlich ist. Das ist*



*eine wertvolle Brücke, die wir über Jahrzehnte hinweg in Zusammenarbeit gebaut haben. Diese Brücke wollen wir nicht für ein Zeichen einreissen, bei dem sehr fraglich ist, ob es überhaupt etwas bewirken würde oder nicht vor allem kontraproduktiv wäre. Wir möchten die Brücke nicht einreissen, sondern nützen. Wir möchten konkrete Beiträge zu einem positiven Wandel leisten. Auf der kommunalen Ebene ist es nicht so, dass man nichts tun kann. Wir können konkrete Beiträge leisten, und zwar dort, wo wir als Stadt Einfluss nehmen und einen Wandel unterstützen können, was auf der Sachebene der Fall ist. China ist einer der entscheidenden Akteure in der globalen Klimapolitik, was ein sehr grosser Hebel ist. Gemeinsam mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) konnten wir nachhaltige Ansätze umsetzen und einbringen, namentlich für eine klimafreundliche und nachhaltige Stadtentwicklung in den Bereichen Verkehr, Wasser, Denkmalschutz und Gebäudeplanungen. Wir haben dies bei den lokalen Behörden und den Hochschulen in Kunming getan. Das machten wir auf Nachfrage der Stadt Kunming. Wir wollen die Brücken zwischen den beiden Städten auch nutzen, um in Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern und den Studierenden in Kunming unsere Werte einer offenen Diskussionskultur und einer Partizipation aktiv zu leben. Wandel ist ohne Dialog nicht möglich. Wenn wir uns abwenden, ist dies aus Sicht des Stadtrats die falsche Strategie. Auch wenn unser Beitrag ein kleiner Beitrag ist, ist er einer. Er war oft grösser, als man denken würde. Beispielsweise wenn in Kunming umgesetzte Innovationen, wie die Führung einer separaten Busspur, danach in ganz China als Vorzeigemodell gebraucht wurden. Damit konnte der Modal Split in diesen Städten deutlich in Richtung Öffentlicher Verkehr verändert werden. Zurzeit befindet sich diese Städtepartnerschaft in einer Prüfungsphase. Wir wollen unter Einbezug aller Faktoren schauen, in welche Richtung wir mit Kunming weitergehen können und möchten. Der Stadtrat beantragt Ihnen deswegen dieses Postulat abzulehnen. Unsere ablehnende Haltung bedeutet jedoch in keiner Art und Weise, dass der Stadtrat sich der menschenrechtspolitischen Lage in China und der weltpolitischen Haltung Chinas nicht bewusst ist.*

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Anken (SVP):** *Wir von der SVP wollen diese Brücke nicht einreissen, wir möchten sie nur einen Moment lang sperren. China und Menschenrechte sind angesprochen worden. Menschenrechte interessieren China nicht. Politisch Verfolgte werden ins Gefängnis geworfen und gefoltert. Mehrere tausend Hinrichtungen finden jährlich in China statt. Es gibt Umerziehungslager für Uiguren, in denen sie «systemgerecht» gemacht werden sollen. Das von China in Hong Kong propagierte «zwei Systeme, ein Land» wird seit Jahren mit Füßen getreten und sukzessiv demontiert, die Diktatur wird installiert. Es handelt sich um eine Missachtung und einen Schlag ins Gesicht aller, die in Hong Kong leben. Der Rest der Welt schaut tatenlos zu und kuschelt. Wie glaubwürdig ist der Rest der Welt, wenn er nicht einmal das durchbringt? China hat die Pandemie sehr lange vertuscht und geschwiegen, im Wissen wie gefährlich das Virus ist. China hat damit bewusst Millionen an schwer kranken Leuten und Tote in Kauf genommen. Immer noch ist unklar, ob das Virus tatsächlich in Wuhan, wo mit Viren geforscht wird, ausgebrochen ist oder noch Schlimmeres. Covid hat weltweit Milliarden Schäden in der Wirtschaft angerichtet und ein Ende ist nicht absehbar. Wir wissen nicht, wie unsere Zukunft aussieht und wir wissen nicht, wann die Pandemie vorbei sein wird. Wir wissen nicht, ob wir unser*



gewohntes Leben zurückerhalten. Es ist Zeit, dass die Länder im Westen eine klare Haltung gegenüber China zeigen. Es ist der richtige Moment, die Städtepartnerschaft mit Kunming zu sistieren und ein Zeichen zu setzen. Wir fordern mit Nachdruck eine demokratische Regierung in China. Der Fall der Mauer hat bewiesen, dass das möglich ist. Die DDR ist untergegangen, weil der nötige Druck vorhanden war. Veränderungen können schnell vollzogen werden, auch wenn es im Moment schwierig aussieht. Die Sistierung ist nur ein Nadelstich, aber immerhin. Natürlich ist es ein langer Weg, bis in China eine demokratische Regierung installiert ist – nur wer sich nie auf den Weg macht, wird auch nie ankommen. An eine gute Sache muss man glauben. Es ist für uns eine Frage des Mutes oder des Kuschens. Kuschen wir aus wirtschaftlichen Gründen, sind wir zu feige, diese Sistierung zu vollziehen oder nicht? Die wirtschaftliche Abhängigkeit zwingt uns, unsere eigenen Werte zu verraten und damit zu sagen, was Recht und Unrecht ist. Das kann nicht die Realität sein. Es gab eine Stadträtin oder einen Stadtrat, der zu uns kam und sagte, die Chinesen seien so empfindlich, zieht doch dieses Postulat zurück. Wenn die Empfindlichkeit der zentrale Faktor für das Einreichen der Vorstösse sein soll, dann müssten auf der linken Seite etwa 90 Prozent der Vorstösse gestrichen werden, denn ab und zu ist tatsächlich auch die SVP empfindlich. Sind wir also mutig, setzen wir diesen Nadelstich und stimmen diesem Postulat zu.

**Marco Geissbühler (SP):** Wir sollen nicht ein Projekt sistieren, das zur Förderung von Menschenrechten genutzt werden kann, um dadurch gegen die menschenrechtswidrige Politik von China zu protestieren. Städtepartnerschaften haben in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, speziell im Kalten Krieg, eine wichtige Rolle gespielt. Die Idee war, durch Austausch zwischen Menschen in Städten auf beiden Seiten einen Beitrag zu Völkerverständigung und Frieden, zu sozialem Fortschritt und zur Achtung von Menschenrechten beizutragen. Auf beiden Seiten gab es damals Städte aus Staaten, in denen die Regierung übelste Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Sie haben gefoltert, Unschuldige interniert, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen – unvorstellbare, furchtbare Gräueltaten. In diesem Punkt bin ich mit den beiden Vorrednern der SVP einverstanden: Wie der chinesische Staat gegen die uigurische Bevölkerung und andere Menschen, die mit der offiziellen Regierungspolitik nicht einverstanden sind, vorgeht, ist furchtbar. Zwangssterilisierungen, Arbeitslager, Folter und moderne Sklaverei sind an der Tagesordnung. Eine Hoffnung von Städtepartnerschaften war es immer und ist es auch heute noch, einen Beitrag zu leisten, das Gräuel beenden zu können, wenn nicht Politikerinnen auf Staatsebene miteinander sprechen, sondern die Zivilbevölkerung in den Städten selbst. Die SP unterstützt es, die Städtepartnerschaft mit Kunming und generell die Aussenpolitik der Stadt Zürich vermehrt an der Förderung der Menschenrechte und Demokratie auszurichten. Wir freuen uns, dass die SVP zur Einsicht gekommen ist, dass es eine Aussenpolitik der Stadt Zürich braucht, die sich an Frieden, Menschenrechten und Demokratie orientiert. Bis anhin haben wir in dieser Legislatur bei der SVP in diesem Thema nur auf Granit gebissen. Beispielsweise als es um die atomare Abrüstung ging, oder um das Schicksal von Menschen in kurdischen Gebieten in Nordsyrien und der Türkei. Immer sagte die SVP, es benötige keine städtische Aussenpolitik. Aber was ist an diesem Postulat keine städtische Aussenpolitik? Nun müssen wir an einen Punkt gelangen, an dem wir nicht mit dem verbalen und methodischen Dampfhammer an die



*Förderung von Menschenrechten und Frieden gehen, wie das die SVP mit diesem vorliegenden Postulat macht. Wir sollten darauf abzielen, die politisch Verantwortlichen in China dort zu treffen, wo es weh tut, zum Beispiel mit wirtschaftlichen Sanktionen. Wir sollen den Dialog über Menschenrechte dort fortsetzen, wo es Sinn ergibt. Hoffentlich auch in und mit der Stadt Kunming. Was wir nicht tun sollten, ist die Menschen in Kunming, die einfache Stadtbevölkerung, für die Politik ihrer Regierung abzustrafen. Deswegen wird die SP dieses Postulat ablehnen.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Geschätzte STP Corine Mauch, ich hoffe, Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich feststelle, dass ihr Votum eines der zynischsten Voten war, das ich in diesem Saal je gehört habe. Als Beispiel weshalb diese Städtepartnerschaft so gut ist und so viel gebracht hat, nannten sie die Führung einer separaten Busspur in Kunming, die sich in ganz China durchgesetzt hat. In Kunming gibt es ein Arbeitslager, wo systemkritische Menschen und muslimische Minderheiten hineingesteckt werden und so ihr Recht auf Freiheit verlieren. Im Nordwesten von China gibt es ganz viele Beispiele, wie man mit äusserster Gewalt gegen die Uiguren vorgeht und das Einzige, das Ihnen als Vorteil dieser Städtepartnerschaft einfällt, ist die Einführung einer Busspur. Das finde ich sehr zynisch. Dass Sie von Klimapolitik sprechen, die aufs Tapet gebracht wird: es gibt garantiert Wichtigeres, das Sie besprechen könnten, als die Klimapolitik. China ist die grösste CO<sub>2</sub>-Schleuder. Wenn Sie dort ein Gespräch auf lokaler Ebene führen, hat das nichts zu bedeuten. China möchte die Nummer eins werden, möchte die USA überholen und globaler Leader werden. China wird nicht auf Sie hören, wenn Sie sagen, dass das Wirtschaftswachstum, das dort übernatürlich aufgebauscht wird, einen negativen Einfluss auf die Umwelt hat. Es ist absurd, dass Sie glauben irgendetwas in der Umweltpolitik zu bewirken, dass Sie von einer Busspur sprechen und gleichzeitig eine Partnerschaft mit einer Stadt führen, in der muslimische Minderheiten eingesperrt werden, und es nicht einmal für nötig halten, ihrem Votum irgendein kritisches Wort zu China anzufügen. Auch spannend war, wie Sie mit der Zwickmühle, in der Sie stecken, umgehen, weil Sie genau wissen, dass in China Menschenrechtsverletzungen passieren. Sie probieren sich rauszureden damit, dass es die falsche Ebene sei. Die Bundesebene sei die richtige Stufe, um diese Probleme anzusprechen. Warum haben Sie dann vor einigen Minuten die Entwicklungshilfe gestrichen und das Zürcher Kleingewerbe unterstützt? Entwicklungshilfe ist Aufgabe des Bundes und nicht Aufgabe der Stadtpräsidentin oder der Stadt Zürich. Warum betreiben Sie Klimapolitik? Warum probieren Sie die ganze Zeit, internationale und globale Politik zu betreiben, wenn es darum geht, Menschenrechtsverletzungen anzusprechen mit einer Stadt, mit der Sie eine Partnerschaft führen? Wenn der Gemeinderat einen moralischen Kompass hat, dann zieht er die Städtepartnerschaft mit Kunming zurück und merkt an, dass es in Kunming ein Arbeitslager gibt. Dann kommt er garantiert nicht mit einer Busspur, wenn Menschen in einer Partnerstadt gefoltert werden.*

**Michael Schmid (FDP):** *Ich gebe zu, ich habe in allen Voten meiner Vorrednerinnen Sachen gehört, die ich irritierend finde. Ich glaube, dies ist der Beleg dafür, dass es richtig ist, dass dieses Parlament nicht für die Aussenpolitik des Landes zuständig ist und um das Thema Aussenpolitik einen Bogen machen soll. Ich glaube, es gibt niemanden in diesem Saal, der die politische Entwicklung in China in den letzten Jahren ermutigend findet. Entsprechend ist es auch so, dass seit dem Jahr 2019 keine konkreten Projekte in*



dieser Städtepartnerschaft stattgefunden haben. Das hat sicher auch mit der Pandemie zu tun. Ich glaube, auf Seite FDP fehlt im Moment die Fantasie, konkrete Projekte zu sehen, die in der nächsten Zeit umgesetzt werden könnten. Ich habe dies auch im Votum der Stadtpräsidentin nicht anders gehört. Wenn etwas Sinnvolles für die kommunale Stufe kommt, gilt es das nicht auszuschliessen. Nun zur konkreten Postulatsforderung. Bernhard im Oberdorf (SVP), du erlaubst mir dies nach unserer langen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zu sagen: Du sagst, die Forderung nach Sistierung sei ein wichtiges aussenpolitisches Zeichen dieses Gemeinderats, das die chinesische Regierung beeindruckt würde. Daran habe ich erstens Zweifel und zweitens seid ihr mit der Formulierung eures Postulats nicht konsequent. Wenn ihr eine Sistierung fordert «bis in China eine demokratische Regierung gewählt ist», dann gebietet es die historische Ehrlichkeit zu sagen, dass China im Jahr 1982 als die Partnerschaft eingegangen worden ist, auch keine demokratische Regierung hatte. Wenn eine demokratische Regierung der Massstab ist, dann muss man ehrlicherweise sagen, würde nur die Forderung nach Kündigung und die Hoffnung auf ein Wunder bleiben. Es könnte dann bald schwierig werden ausserhalb der Schweiz eine Städtepartnerschaft abzuschliessen. Das Postulat, die Begründungen und die Voten der SVP kommen in einem gesinnungsethischen Duktus daher, den wir sonst von der linken Seite gewöhnt sind. Wir sollten eine verantwortungsethische Position einnehmen, die die Welt so nimmt, wie sie ist, aber sich nicht scheut, Fehlentwicklungen zu nennen, wie sie die Vertreter der SVP benannt haben. Die Antwort ist aus unserer Sicht keine Kündigung und keine Sistierung, deswegen lehnen wir das Postulat ab.

**Ernst Danner (EVP):** Im Namen der EVP teile ich Ihnen mit, dass wir das Postulat unterstützen und Sie bitten, es zu überweisen. Es geht unseres Erachtens nicht darum, dass man mit diesem Postulat Aussenpolitik betreibt, sondern dass man Aussenpolitik beendet. Ich habe die Anfänge dieses Engagements nicht mehr genau in Erinnerung. Es wurde mehr oder weniger als Entwicklungsprojekt für das damalige Entwicklungsland China gestartet. Es hatte damals schon einen politischen Charakter in der Hoffnung, es gäbe eine Transformation in Richtung mehr Freiheit und Demokratie. Eine Hoffnung war auch, dass man den Kommunismus auf die Seite schieben könnte. All diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, China ist gross geworden und die politische Einstellung hat sich nicht gemildert, sondern radikal verschärft. Ich möchte an die Worte von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) anknüpfen. Wenn ich in der Nacht Alpträume habe, geschieht dies aufgrund dreier Themen: eines davon ist das Klima, die Umwelt und die Energie, das andere ist die Weltpolitik Chinas, neben Google und anderen Social Media-Unternehmen. Diese Unternehmen können das gleiche Gefahrenpotenzial haben, wie die totalitäre Überwachung, die in China laufend ausgebaut wird. Wir haben eine Partei, die das Land beherrscht und die totale Kontrolle über die gesamte Bevölkerung sucht. Wir haben ein Land, das die Welt auf sämtlichen Kontinenten mit den Devisen, die sie erwirtschaftet hat, kauft. China ist ein Land, in dem Minderheiten massiv unterdrückt werden, in dem Hong Kong seiner Freiheit beraubt wird. Wir haben ein Land mit einem Problem mit Taiwan, das den aggressiven Charakter des chinesischen Regimes offenlegt. Wir haben zudem ein Land, das massiv aufrüstet. Wir haben ein Land, das massiv mit Xenophobie arbeitet. Die Ausländer sind die grossen Feinde, der ganze Westen sowieso. Es ist eine völlige Illusion, auf Menschenrechtsdialoge zu hoffen, das ist in diesem Umfeld nicht



*möglich. Es ist daher die einfachste Möglichkeit, zunächst einmal zu sistieren, dann schlägt man die Türen nicht völlig zu, sondern hofft auf bessere Zeiten und macht sich nicht mitschuldig, indem man sich in der ganzen Geschichte verstrickt. Ich merke, es gibt hier keine Mehrheit. Ich möchte zynisch sagen, das ist langjährige Politik der Schweiz: Man duckt sich und schaut, wie man Handel treiben kann. Wir sind eine Handelsnation und solche Sistierungen sind natürlich peinlich und ungünstig. Ich möchte Sie trotzdem bitten, hier ein Zeichen zu setzen.*

**Isabel Garcia (GLP):** *Auch die GLP ist der Ansicht, dass in der Volksrepublik China verschiedene Entwicklungen in eine negative Richtung laufen. Allerdings sind auch wir der Auffassung, dass eine Sistierung oder das Beenden einer Städtepartnerschaft mit Kunming weder eine geeignete noch wirksame Antwort auf die negativen Entwicklungen ist. Es ist wichtig, dass man trotz aller Schwierigkeiten auch auf lokaler Ebene im Gespräch bleibt. Wir werden diesen Vorstoss ablehnen.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Ich habe mich über das Votum der Stadtpräsidentin gewundert und hätte mich fast belustigen können, wenn es nicht so tragisch gewesen wäre. Mit dieser Busspur sind sie auf dem Pannestreifen gelandet. Ihr Plädoyer für diese Städtepartnerschaft ist idealistisch dahergekommen. Es wurden die guten Beziehungen angesprochen, seit man mit der Städtepartnerschaft begonnen habe, habe sich Einiges verändert. Natürlich war China schon vor vierzig Jahren ein autoritäres Regime, aber mittlerweile ist dies weitergegangen und es ist nicht mehr nur autoritär, es ist nun totalitär. Diese Begriffe dürfen nicht miteinander verwechselt werden. Ich stehe auf dem Boden der Verantwortungsethik. Gerade dann, wenn ich mich frage, was passieren kann, wenn eine solche Städtepartnerschaft von einer Propagandamaschinerie ausgenutzt wird. Sie müssen sich vorstellen, was es für Folgen haben kann, wenn es heisst, dass sogar Zürich mit China zusammenarbeitet. Es wurde gesagt, wir bestrafen die Bevölkerung von Kunming mit einer solchen Sistierung. Wir bestrafen sie nicht, denn es handelt sich ausschliesslich um eine Sistierung. Die Bevölkerung von Kunming bestraft Peking, das ein totalitäres Regime aufrechterhält. Wenn die Pandemie in China offener gehandhabt worden wäre, hätte sich die Bevölkerung in Peking vielleicht erhoben. Deswegen wurde das Ganze verschleiert, damit die Macht behalten werden konnte. Es wurde das Bild einer Brücke gezeigt, über die wir uns begeben. Das ist keine Brücke des Dialogs. Bildlich gesprochen ist dies eine Brücke, auf der Peking bereits Sprengsätze angebracht hat. Wenn wir auf die Brücke stehen, wird sie hochgehen. Das ist eine Falle. Klimapolitik wurde auch angesprochen: Schauen Sie, wie viele Kohlekraftwerke China nach wie vor baut. China profitiert davon, dass wir uns ums Klima kümmern und unsere Wirtschaft dadurch schwächen. Wenn Sie nach China reisen, müssen Sie riskieren, in Geiselnhaft genommen zu werden. Es ist in diesem Sinne kein Dialog möglich, wenn unser Goodwill und unsere Naivität nur für die Staatspropaganda ausgenutzt werden.*

Das Postulat wird mit 21 gegen 87 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



8 / 8

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat